



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 180. Ratssitzung vom 4. März 2026

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/287 und 2026/28

5899. 2022/287

Weisung vom 10.09.2025:

Motion von Dr. David Garcia Nuñez und Anna Graff betreffend Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb, Antrag auf weitere Fristerstreckung

Antrag des Stadtrats

Die Frist zur Erfüllung der am 15. März 2023 überwiesenen Motion, GR Nr. 2022/287, von Dr. David Garcia Nuñez und Anna Graff vom 29. Juni 2022 betreffend Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb wird um weitere zwölf Monate bis zum 15. September 2026 verlängert.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/287 und 2026/28

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Anjushka Früh (SP): Der Stadtrat beantragt für das Pilotprojekt zur 35-Stunden-Woche eine weitere Fristerstreckung um ein Jahr bis zum 15. September 2026. Die nach der ersten Fristerstreckung erfolgte rechtliche Abklärung hat neue Fragen aufgeworfen, die nun vertieft abgeklärt werden müssen. Es handelt sich dabei um Fragen zur Gleichstellung, zur Vereinbarkeit mit dem städtischen Lohn- und Arbeitszeitmodell sowie zur konkreten Ausgestaltung des Pilotprojekts. Ebenso muss abgeklärt werden, wie das Pilotprojekt rechts- und verfassungskonform in einen dauerhaften Regelbetrieb überführt werden kann. Das ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Damit diese Abklärungen gemacht werden können, beantragt die Mehrheit der Sachkommission Finanzdepartement (SK FD) die Zustimmung zu dieser Fristerstreckung.

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): Wie oft haben wir im Rat schon zugehört, wie die AL dem Stadtrat Arbeitsverweigerung vorgeworfen hat, weil er dieses Projekt nicht schneller vorantreibt? Es ist erstaunlich: Sowohl im Stadtrat als auch im Gemeinderat hat Rot-Grün eine Mehrheit. Trotzdem kommt das linke Traumprojekt der 35-Stunden-Woche nicht



zustande. Warum schafft es der Stadtrat nicht, innerhalb nützlicher Frist ein Projekt umzusetzen, das ihm gelegen sein müsste? STR Daniel Leupi weigert sich, das Projekt anzugehen. Immerzu kommt er mit neuen Ausreden: Es müssen noch mehr Abklärungen gemacht oder einzelne Textstellen untersucht und angepasst werden. Er weigert sich, weil er weiss, dass die Stadt darunter leidet, wenn das Personal die Stunden derart reduziert. Er weiss, dass es in Richtung Unterfinanzierung führt. Die Stadt riskiert bereits, ihre geplanten Investitionen und Ausgaben nicht finanzieren zu können, weder mit eigenen Mitteln noch mit Fremdkrediten. Wenn wir 30 000 Staatsangestellten die Arbeitswoche auf 35 Stunden kürzen, läuft in dieser Stadt nichts mehr. Woher soll das Personal kommen, das die Vollzeitangestellten unterstützt, wenn diese nur noch 35 Stunden arbeiten? Wie sollen wir das bezahlen? Bereits heute sind Hunderte Stellen nicht besetzt. Der sogenannte Fachkräftemangel wird durch dieses Vorhaben weiter angekurbelt. Das Problem der Zuwanderung spielt natürlich auch eine Rolle: Mehr Zuwanderung bedeutet mehr Personal in der Verwaltung. STR Daniel Leupi will nicht, dass die Stadt schneller an die Wand gefahren wird. Sie hingegen wollen sie unbedingt an die Wand fahren. Wir wollen die Fristerstreckung nicht gewähren. Man könnte schnell Gewissheit schaffen, dass das Projekt nicht umsetzbar ist. STR Daniel Leupi soll endlich zugeben, dass all diese von Ihnen verantworteten Projekte – von Klimaprojekten bis Personalpolitik – nicht finanzierbar sind. Er soll endlich Verantwortung übernehmen. Die Linke wiederum muss erkennen, dass wir nicht im Schlaraffenland leben, in dem Geld auf Bäumen wächst. Ihre Politik führt unsere Stadt ins Elend. Wir brauchen unbedingt eine neue, vernünftige Ausrichtung. Der Staatsbetrieb muss im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht noch attraktiver werden. Die Privatwirtschaft ist der Teil der Schweiz, der alles finanziert. Der Staat ist ein Dienstleister, der als solcher nie attraktiver sein darf als derjenige, der das Ganze finanziert und erarbeitet. Wir müssen den Staat unattraktiver machen und seine Bürokratie zurückbauen, damit die Leute wieder in die Privatwirtschaft gehen.

Micha Amstad (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2026/28 (vergleiche Beschluss-Nr. 5729/2026): Das bisherige Vorgehen des Stadtrats bei der Umsetzung dieser Motion ist intransparent. Das Personal wird nicht einbezogen. Das ist bei einer Motion, die für das betroffene Personal derart relevant ist, weder tragbar noch zielführend. Die Stadt verpflichtet sich im Personalrecht dazu, personalpolitisch relevante Themen sozialpartnerschaftlich zu lösen. Zusätzlich ist das ihre verfassungsmässige Pflicht. Der Miteinbezug der Personalverbände ist unabdingbar, weil sie aufgrund ihrer Nähe zum Personal und ihrer Tätigkeit in personellen und organisatorischen Fragen über vertieftes Know-how verfügen. Sie können die Interessen des Personals zielführend einbringen. Daher ist es zentral, die Personalverbände möglichst eng im weiteren Prozess zur Umsetzung der Motion einzubinden. Die Vernehmlassung findet erst nach der Ausarbeitung der neuen Rechtsgrundlage statt. Das ist nicht ausreichend.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 4. Februar 2026 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2026/28: Ich fasse gleich alles zusammen, um Zeit zu sparen. Die Idee der 35-Stunden-Woche klingt charmant, ist aber in Tat und Wahrheit schädlich. Sie führt dazu, dass mehr Personal benö-



tigt wird, die Kosten steigen und man der Privatwirtschaft die Leute wegnimmt, nach denen sie bereits händierend sucht. Das ist ganz sicher nicht der Weg vorwärts. Ein Blick über die Landesgrenzen genügt: Frankreich mit einer 35-Stunden-Woche und Deutschland mit einer faktischen 40-Stunden-Woche sind de facto deindustrialisiert und haben auf dem internationalen Markt an Bedeutung verloren, weil stetig von dem abgewichen wurde, was ihre Wirtschaftsfaktoren einst ausmachte. Genau dies nun in der Schweiz einzuführen, zuerst im städtischen Personalrecht und anschliessend vielleicht im Bundesrecht, bringt weder die Schweiz noch Zürich voran. Wir sehen ja, dass diejenigen, die können, aus dem Ausland hierher flüchten, was weitere Implikationen hat. Aus diesen Gründen werden wir die vom Stadtrat beantragte Fristerstreckung unterstützen und die Motion ablehnen. Ich will dies noch deklarieren, weil wir heute über Transparenz gesprochen haben: Ich bin weder vom Arbeitgeberverband noch von Avenir Suisse oder ähnlichen Organisationen gesponsert. Ich gebe hier meine persönliche Meinung wieder. Dass Micha Amstad (SP) als Zentralsekretär des VPOD befürwortet, dass die Gewerkschaften früh miteinbezogen werden, kann ich aus seiner Sicht verstehen. Trotzdem sollten die Personalverbände bei diesem Projekt nicht privilegiert behandelt werden. Die Personalverbände werden einbezogen, wenn andere Akteure auch einbezogen werden. Die Stadt wird im richtigen Moment auf die Personalverbände zugehen. Euer Postulat sieht gut aus und wirkt sympathisch. Es zielt jedoch in die falsche Richtung und wirkt auf eine Bevorzugung hin, die nicht angebracht ist. Ich würde den Interessenskonflikt hinterfragen. Wir werden das Begleitpostulat der SP ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Ich muss Samuel Balsiger (SVP) in einem Punkt Recht geben. Auch uns erstaunt es, dass es in diesem Projekt nicht vorwärtsgeht. Wenn man die Fakten betrachtet, denen sich die rechte Ratsseite etwas verschliesst, müsste man eigentlich annehmen, dass der Stadtrat hier Feuer und Flamme wäre. Die bisherigen Pilotprojekte im Ausland sowie bei privaten Arbeitgebern in der Schweiz haben gezeigt, dass es zu Effizienzsteigerungen kam, obwohl die Mitarbeitenden weniger arbeiteten. Man würde meinen, dass dies auch für die wirtschaftsliberale FDP ein interessanter Aspekt wäre. Ebenso relevant ist, dass Fachkräfte in systemrelevanten Bereichen, bspw. in der Care-Arbeit, dank solcher Modelle wieder für ihre Jobs gewonnen werden konnten. Es enttäuscht uns daher, dass der Stadtrat nicht vorwärtsmacht. Wir haben aus diesem Grund die Überweisung in die Kommission beantragt, doch man konnte uns kaum darlegen, warum die Bearbeitung so lange dauert. Man versteckte sich hinter einem Rechtsgutachten und der Komplexität des Projekts. Das verstehen wir. Gleichzeitig konnte man uns nicht erklären, warum das Geschäft des Gesundheitsdepartements bezüglich der 42-plus-4-Stunden-Woche bei Assistenzärzt*innen nicht zu denselben juristischen Problemen geführt hat. Das bleibt für uns unverständlich. Dennoch sehen wir uns gezwungen, dieser Fristerstreckung zuzustimmen. Es handelt sich leider um ein Geschäft, das der Gemeinderat nicht an sich nehmen kann. Dem Postulat stimmen wir natürlich zu. Das Votum von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) hat mich etwas verwirrt. Wir unterstützen das Postulat nicht etwa, weil wir Gewerkschaften per se für tolle Organisationen halten,



sondern weil es ein gesetzlicher Auftrag ist, mit den Sozialpartner*innen zu sprechen, sobald es um Vorlagen zum Personalrecht geht. Der Stadtrat hat sehr deutlich gesagt, dass er eine Änderung des Personalrechts für notwendig hält. Es ist absolut wichtig, Gewerkschaften und Sozialpartner*innen frühzeitig einzubeziehen, um eine Lösung zu finden, die alle Beteiligten zufriedenstellt. Ich finde es schwierig, anderen Interessenskonflikte zu unterstellen, während man selbst den Geschäftsführer des Hauseigentümerverbands oder jemanden mit Lobbymandat eines Gasverbands in der Fraktion hat.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Auch die Grünen finden dieses Pilotprojekt wichtig. Natürlich muss es sorgfältig geplant werden. Es ist klar, dass das etwas länger dauern kann. Trotzdem ist es ärgerlich, dass sich das Projekt erneut verzögert. Eine 35-Stunden-Woche bringt zahlreiche Vorteile mit sich. Sie kann etwa die physische und psychische Gesundheit stärken. Das ist gerade für Menschen in Schichtarbeit sehr wichtig. Diese Arbeiten sind gesamtgesellschaftlich äusserst relevant und darum ist es so wichtig, das Pilotprojekt durchzuführen. Eine 35-Stunden-Woche stärkt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Care-Arbeit kann fairer aufgeteilt werden. Es bleibt mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten, die einen sehr hohen gesellschaftlichen Nutzen hat. Diverse Studien zeigen zudem, dass Arbeitszeitverkürzungen positive Auswirkungen im Bereich des Klimaschutzes haben, weil man im Freizeitbereich mehr Zeit hat und diese klimaschonender verbringen kann. Der Einbezug der Personalverbände sollte selbstverständlich sein. Es ist klar, dass diese über die nötige Expertise verfügen und der Austausch mit den Mitarbeitenden stattfindet. Wir stimmen dem Postulat zu und nehmen auch die Fristerstreckung an, damit das Pilotprojekt wirklich gut geplant werden kann.

Serap Kahriman (GLP): Die Personalverbände werden im Rahmen des üblichen Vorentscheidungsprozesses eingebunden. Das erachtet die GLP als korrekt und sinnvoll. Wir sehen darum nicht ein, wieso wir von dieser Praxis abweichen sollten. Wir lehnen das Postulat ab und stimmen der Fristverlängerung zu.

Karin Weyermann (Die Mitte): Obwohl wir die Motion kritisch anschauen, stimmen wir der Fristerstreckung zu. Wir finden es wichtig, dass es rechtlich sauber abgeklärt wird. Moritz Bögli (AL) hat vorher gesagt, dass eine Einbeziehung dazu führt, dass am Ende alle zufrieden sind. Ich denke, dass diejenigen, die nicht davon profitieren, ziemlich sicher auch nicht zufrieden sein werden. Das Postulat lehnen wir ab. Die Gründe hat meine Vorrednerin dargelegt. Es ist gesetzlich vorgesehen, wann und wie die Verbände einbezogen werden. Ein Postulat, das bestehende Grundsätze hinterfragt, ist unnötig.

Micha Amstad (SP): Zuerst ein wenig Volkswirtschaftskunde: In einigen unserer Nachbarländer gab es Versuche, die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Resultate und Studien belegen, dass Arbeitszeitverkürzungen zu einer Steigerung der Produktivität führen. Dazu kommt ein verfassungsrechtlicher Aspekt. Wer sozialpartnerschaftliche Verhandlungen als blosses Privilegien bezeichnet, hat offensichtlich Artikel 28 der Bundesverfassung übersehen. Dieser Artikel schreibt den Arbeitgebern vor, personalrelevante Themen mit den Sozialpartnern, den Personalverbänden und den Gewerkschaften zu diskutieren und zu verhandeln. Diese Praxis ist zentral. Was passieren kann, wenn man sich nicht daran hält, sieht man etwa am Beispiel der gestrigen Wahlen in Winterthur.



Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Micha Amstad (SP) und Moritz Bögli (AL) fordern ja nichts anderes, als was ohnehin in der Bundesverfassung steht und der Stadtrat bereits praktiziert. Das Postulat ist unnötig. Dennoch ist es gut, dass wir darüber gesprochen haben. Wir werden keine Anträge unterstützen, die unnötig sind. Ich habe auch nicht gesagt, dass die Einbeziehung nicht in der Verfassung stehe. Mein Kritikpunkt war, dass das Postulat von Leuten mit gewissen Interessenskonflikten vorgetragen wird. Dass wir Gaslobbyisten in der Partei haben sollen, wusste ich nicht. Von ihm habe ich sicher kein Geld für den Wahlkampf bekommen. Der Hauseigentümerverband ist meines Wissens keine Arbeitgeberorganisation, auch wenn er in der Stadt Zürich 94 Personen beschäftigt. Die diesbezügliche Unterstellung von Moritz Bögli (AL) war weder sachdienlich noch relevant. Es mag sein, dass man bei geringerer Arbeitszeit etwas effizienter arbeitet. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist es jedoch nicht effizienter, wenn ich für 35 Stunden statt für 42 Stunden denselben Lohn zahle. Oder geht es gar darum, die Arbeitszeit und den Lohn gleichermassen zu reduzieren? Dann kämen wir vielleicht ins Geschäft.

Samuel Balsiger (SVP): Vorher hat der Zentralsekretär der Gewerkschaft gesprochen. An einigen Beispielen konnten wir heute sehen, wie die SP in den Gewerkschaften eingebunden ist. Diese geben in der Partei quasi den Ton an. Da fließt sehr viel Geld. Die Linke trägt dann Anliegen der Gewerkschaften unter neutraler Flagge in den Rat. Das stört mich nicht. So funktioniert das Milizsystem eben. Folgerichtig wäre aber, dasselbe Prinzip bei der FDP und anderen Parteien nicht anzuprangern. Spenden zum Beispiel, mit denen quasi in den Wahlkampf eingegriffen wird, dürfte man nicht als moralisch falsch darstellen. Was an diesem Geschäft muss denn noch rechtlich abgeklärt werden? Der Vorstoss wurde im Jahr 2022 eingereicht. Wie viele Jahre braucht ein Stadtrat, um ein Rechtsgutachten zu erstellen? Wir befinden uns im vierten Jahr und er hat es nicht geschafft, rechtliche Abklärungen zur Reduzierung der Stundenzahl zu machen. Kein Anwalt braucht so lange für einen Auftrag. Ich denke, es geht gar nicht um die Rechtsabklärung. Das glauben doch auch Sie nicht ernsthaft. Der Grund für die Verzögerung sind die Personalkosten. Wir geben 3,6 Milliarden Franken für rund 26 000 Staatsangestellten in der Stadt Zürich aus. Diese decken sich natürlich mit Ihrer Wählerbasis.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Vielleicht mache ich etwas falsch. Von den Unsummen, die die Gewerkschaften angeblich der SP zustecken, habe ich nichts gesehen. Ich spreche zur Fristerstreckung, nicht über das Geschäft selbst. Das Geschäft befindet sich noch in Bearbeitung, wenn Sie uns die Fristerstreckung gewähren. Ich verstehe, dass man der Meinung sein kann, es könnte schneller gehen. Die Diskussion ist dieselbe wie vor einem halben Jahr. Damals habe ich bereits angekündigt, dass wir heute nicht mehr als ein Rechtsgutachten haben werden. Das Rechtsgutachten liegt vor. Wir werden darauf aufbauend weiterarbeiten. Daher ist die Aufregung wohl ein wenig aufgesetzt. Der Stadtrat ist selbstverständlich bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.



STR Daniel Leupi: *Die Situation in Zürich kann man nicht mit der in Winterthur vergleichen. Der gesamte Stadtrat trifft sich jährlich mit den Personalverbänden, ich treffe sie viermal im Jahr. Zeitweise haben wir kein Thema auf der Traktandenliste. Es so darzustellen, als wollten wir nicht mit den Personalverbänden zusammenarbeiten, ist unfair.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Anjushka Früh (SP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Vizepräsidium; Micha Amstad (SP), Ivo Bieri (SP), Moritz Bögli (AL), Selina Frey (GLP), Anthony Goldstein (FDP), Dr. Jonas Keller (SP), Felix Moser (Grüne), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Karin Stepinski (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 15. März 2023 überwiesenen Motion, GR Nr. 2022/287, von Dr. David Garcia Nuñez und Anna Graff vom 29. Juni 2022 betreffend Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb wird um weitere zwölf Monate bis zum 15. September 2026 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

5900. 2026/28

Postulat von Micha Amstad (SP), Anna Graff (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 21.01.2026:

Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche, verstärkte Einbindung der Personalverbände

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/287, Beschluss-Nr. 5889/2026

Micha Amstad (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5729/2026).



7 / 7

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 4. Februar 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat